



Vorschläge zur Milchmengenregulierung verkennen Marktrealität

Vorschläge zur Milchmengenregulierung verkennen Marktrealität
Bauernverband veröffentlicht neuen Faktencheck "Mengenregulierung Milch" (DBV) "In der weiterhin äußerst angespannten Marktsituation brauchen unsere Milchbauern eine kurzfristig wirksame Hilfe. Alte Vorschläge aus der agrarpolitischen Mottenkiste auszugraben, die schon in der Vergangenheit nicht hielten, was sie versprochen, hilft den Milchbauern nicht. Jetzt kommt es darauf an, die Energie der Bundes- und Länderministerien darauf zu konzentrieren, dass die Direktzahlungen zeitnah ausgezahlt sowie Liquiditäts- und Bürgschaftsprogramme umgesetzt werden." Dies stellte Udo Folgart, Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV) und Milchbauernpräsident anlässlich der Veröffentlichung des DBV-Faktenchecks "Mengenregulierung Milch: Verhindert eine Regulierung wirklich Marktkrisen?" klar.
In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Vorschläge zur Mengenregulierung präsentiert, von Wissenschaftlern mehrfach bewertet und Schwachpunkte erläutert. Aus diesem Grund bewertete der DBV-Milchbauernpräsident den Beschluss der Agrarministerkonferenz, erneut eine Mengenregulierung als Kriseninstrument für den Milchsektor zu prüfen, als "nicht hilfreich". "Die Studien der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass eine Mengenregulierung nicht nur die Marktposition der europäischen Milchbauern gefährdet, sondern auch nicht aus der aktuellen Preismisere herausführt", unterstrich Folgart.
Diese Studien haben laut Folgart nachgewiesen, dass die erwünschte kurzfristige positive Preiswirkung unwahrscheinlich und vor allem durch die hohe Integration des deutschen Milchsektors in internationale Märkte stark limitiert ist. Auch das Institut für Ernährungswirtschaft Kiel bestätigt, den engen Zusammenhang zwischen Milchpreisen auf dem weltweiten und dem deutschen Markt. Versucht man, den heimischen Milchpreis von globalen Märkten abzukoppeln, werden Exportmärkte verloren gehen. Dies setzt wiederum den Milchpreis innerhalb der EU unter Druck, so dass der ursprüngliche Preiseffekt verpufft, so die Wissenschaft. Der mit einer Regulierung verbundene bürokratische Aufwand, die damit verbundenen Kosten und die möglichen Wettbewerbsbenachteiligungen sind nach Ansicht des Milchbauernpräsidenten Folgart weitere negative Effekte.
Nach Meinung von Folgart benötigen die Milchbauern derzeit vor allem einen Ausgleich für die Auswirkungen des russischen Importstopps. "Politische Krisen dürfen nicht auf dem Rücken der Landwirte ausgetragen werden", betonte Folgart, "sondern brauchen auch eine politische Lösung."
Der DBV-Faktencheck "Mengenregulierung Milch" steht unter www.faktencheck-landwirtschaft.de.
Autor: Deutscher Bauernverband
Rückfragen an: DBV-Pressestelle
Telefon: 030-31904-239
Anschrift: Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin
Copyright: DBV
e-mail: presse@bauernverband.net
Homepage: www.bauernverband.de
src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=597087" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.